

ANTRAGSBUCH DER KREISDELEGIERTENVERSAMMLUNG AM 17. SEPTEMBER 2022

(Stand 5. September 2022)

INHALTSVERZEICHNIS

ARBEIT UND SOZIALES

II/2022/1	Elterngeld gerecht gestalten, 10/06	Seite 2
II/2022/2	Schwangerschaftsabbruch in Versorgungsauftrag öffentlicher Kliniken, 10/06	Seite 3

BEZIRK

II/2022/3	BUGA 2025 nach Marzahn-Hellersdorf, 10/04 und 10/06	Seite 5
-----------	---	---------

UMWELT UND ENERGIE

II/2022/4	Verlängerung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und Atomkraft unbedingt vermeiden!, 10/06	Seite 7
II/2022/5	Wirksamer Umweltschutz durch dezentrale Energieversorgung unter Nutzung von Biogas- und Brennstoffzellen-Technologie, 10/06	Seite 8

INTERNATIONALES

II/2022/6	Nato-Beitritt von Georgien und Moldawien, 10/04	Seite 8
-----------	---	---------

VERKEHR

II/2022/7	Für eine gerechte Verteilung und sichere Gestaltung des öffentlichen Raums , 10/01 und 10/02 (vertagt auf diese KDV)	Seite 9
II/2022/8	Parkraumbewirtschaftung im Bezirk Anwohner- und Pendlerfreundlich gestalten, 10/04	Seite 12
II/2022/9	Ausbau der Ostbahn für den Güterverkehr – Belange der Marzahn-Hellersdorfer/innen berücksichtigen, 10/06	Seite 12

STEUERN UND FINANZEN

II/2022/10	Körperschaftsteuer wieder auf 25 % anheben, 10/06	Seite 14
II/2022/11	Einkommensteuerfreibetrag auf € 17.500,00 erhöhen, 10/06	Seite 15
II/2022/12	Einlagensicherungsgesetz für Genossenschafts-Einlagen, 10/06	Seite 15

PARTEIORGANISATION

II/2022/13	Kalender mit allen Terminen der SPD Marzahn-Hellersdorf, 10/02	Seite 16
II/2022/14	Gruppenchat für alle Mitglieder der SPD Marzahn-Hellersdorf, 10/02	Seite 17

ARBEIT UND SOZIALES	
Antrag II/2022/1: Elterngeld gerecht gestalten	
Antragssteller:innen: 10/06, Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord	
Votum der Antragskommission: Annahme in Fassung der Antragskommission / Konsens	
	Fassung der Antragskommission:
<p>Die Kreisdelegiertenversammlung Marzahn-Hellersdorf möge beschließen: Der Landesparteitag möge beschließen: der Bundesparteitag möge beschließen:</p> <p>Aktuell wird als Berechnungsgrundlage für das Basiselterngeld das Nettoeinkommen des Elternzeit beantragenden Elternteils benutzt; hiervon werden bis zu einer Obergrenze 65% berechnet und als Elterngeld gezahlt. Dies führt dazu, dass es sich aller bisherigen Reformen zum Trotz noch mehr lohnt, wenn in Familien mit zwei Eltern derjenige Elternteil Elternzeit beantragt, der zuvor das geringere Nettoeinkommen hatte. Das führt zu gesellschaftlicher und beruflicher Ungerechtigkeit, insbesondere für Frauen. Die SPD-Fraktion im Bundestag wird deshalb aufgefordert, sich bei der Gesetzgebung hinsichtlich des Elterngeldes dahingehend für eine Reformierung einzusetzen, sodass es künftig für Familien keinen finanziellen Unterschied mehr macht, welcher Elternteil in Elternzeit geht. Eine sinnvolle Deckelung nach oben soll es weiterhin geben. Die schon bestehenden Regelungen für Selbständige, Leistungsempfänger*innen und Alleinerziehende sowie Mindestgrenzen sollen hiervon unangetastet bleiben. Familien mit mehr als zwei Elternteilen sollen hierbei durch entsprechende analoge Regelungen mitgedacht werden.</p> <p><u>Begründung:</u></p>	<p>Die Kreisdelegiertenversammlung Marzahn-Hellersdorf möge beschließen: Der Landesparteitag möge beschließen: der Bundesparteitag möge beschließen:</p> <p>Aktuell wird als Berechnungsgrundlage für das Basiselterngeld das Nettoeinkommen des Elternzeit beantragenden Elternteils benutzt; hiervon werden bis zu einer Obergrenze 65% berechnet und als Elterngeld gezahlt. Dies führt dazu, dass es sich aller bisherigen Reformen zum Trotz noch mehr lohnt, wenn in Familien mit zwei Eltern derjenige Elternteil Elternzeit beantragt, der zuvor das geringere Nettoeinkommen hatte. Das führt zu gesellschaftlicher und beruflicher Ungerechtigkeit, insbesondere für Frauen. Die SPD-Fraktion im Bundestag wird deshalb aufgefordert, sich bei der Gesetzgebung hinsichtlich des Elterngeldes dahingehend für eine Reformierung einzusetzen, sodass es künftig für Familien keinen großen finanziellen Unterschied mehr macht, welcher Elternteil in Elternzeit geht. Eine sinnvolle Deckelung nach oben soll es weiterhin geben. Die schon bestehenden Regelungen für Selbständige, Leistungsempfänger*innen und Alleinerziehende sowie Mindestgrenzen sollen hiervon unangetastet bleiben. Familien mit mehr als zwei Elternteilen sollen hierbei durch entsprechende analoge Regelungen mitgedacht werden.</p> <p><u>Begründung:</u></p>

<p>Wir Sozialdemokrat*innen müssen uns dafür einsetzen, dass, wer in Elternzeit geht, künftig keine finanzielle Frage mehr ist. Im Folgenden soll eine Beispielrechnung eine mögliche Lösung des Dilemmas veranschaulichen, nach welcher jeweils ein Differenzbetrag als Elterngeld ausgezahlt wird, sodass nach Zahlung des Elterngeldes noch ein noch festzulegender Anteil der Summe der Nettoeinkommen beider Eltern (in Familien mit zwei Eltern) noch vorhanden ist: $(E1 + E2) * n = E1 + X$ E1 = Nettoeinkommen des Elternteils, das weiter arbeitet E2 = Nettoeinkommen des Elternteils, das in Elternzeit geht n = gesetzlich festgesetzter Anteil der Summe der Nettoeinkommen beider Eltern X = ausgezahltes Elterngeld</p>	<p>Wir Sozialdemokrat*innen müssen uns dafür einsetzen, dass, wer in Elternzeit geht, künftig keine finanzielle Frage mehr ist. Im Folgenden soll eine Beispielrechnung eine mögliche Lösung des Dilemmas veranschaulichen, nach welcher jeweils ein Differenzbetrag als Elterngeld ausgezahlt wird, sodass nach Zahlung des Elterngeldes noch ein noch festzulegender Anteil der Summe der Nettoeinkommen beider Eltern (in Familien mit zwei Eltern) noch vorhanden ist: $(E1 + E2) * n = E1 + X$ E1 = Nettoeinkommen des Elternteils, das weiter arbeitet E2 = Nettoeinkommen des Elternteils, das in Elternzeit geht n = gesetzlich festgesetzter Anteil der Summe der Nettoeinkommen beider Eltern X = ausgezahltes Elterngeld</p>
<p>Antrag II/2022/2: Schwangerschaftsabbruch in Versorgungsauftrag öffentlicher Kliniken Antragssteller:innen: 10/06, Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord Votum der Antragskommission: Annahme / Konsens</p>	
<p>Die Kreisdelegiertenversammlung Marzahn-Hellersdorf möge beschließen: Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die SPD-Fraktion im Bundestag und der Bundesgesundheitsminister werden aufgefordert, sich gegenüber dem GKV-Spitzenverband, der kassenärztlichen Vereinigung, der Kliniken in öffentlicher Trägerschaft sowie auch über den Bundesrat für die Durchsetzung und Einhaltung des §13 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes einzusetzen. Dieser verpflichtet die Bundesländer, ein „ausreichendes Angebot“ an Schwangerschaftsabbrüchen sicherzustellen. Es ist zu prüfen, ob und wie eine Definition von „ausreichend“ durch Expert*innen in den Gesetzestext integriert werden kann.</p>	<p>Fassung der Antragskommission:</p>

Einzelregelungen der Bundesländer, um die Verfügbarkeit der Abbrüche einzuschränken, sind abzuschaffen.
Jede Klinik in öffentlicher Trägerschaft, die über eine gynäkologische Fachabteilung verfügt, soll nach allen Indikationen, die nach aktueller Gesetzgebung einen straffreien Schwangerschaftsabbruch ermöglichen, auch Schwangerschaftsabbrüche durchführen.
Krankenhäuser, die trotz vorhandener gynäkologischer Fachabteilung keine Schwangerschaftsabbrüche nach allen Indikationen durchführen, sollen nicht den Titel „Krankenhaus der Regel- oder Maximalversorgung“ tragen dürfen.

Begründung:

Schwangerschaftsabbrüche können laut aktueller Gesetzgebung bei verschiedenen Indikationen straffrei durchgeführt werden: medizinisch (bei Gefahr für Leib und Leben der Schwangeren), kriminologisch (wenn die Schwangerschaft auf einen gewaltsamen Übergriff zurückgeht) und – mit rund 96% der Fälle die häufigste Indikation – nach der Beratungsregelung (hier muss die ungewollt Schwangere die Gründe für ihre Entscheidung bei einer staatlich anerkannten Beratungsstelle ausführen). Laut Recherchen des Netzwerks CORRECTIV über die Transparenzinitiative FragDenStaat (<https://correctiv.org/aktuelles/gesundheit/2022/03/03/keine-abtreibungen-in-vielen-oeffentlichen-kliniken/>) nehmen nur 57% der 309 öffentlichen Krankenhäusern (die zu mindestens 50% in öffentlicher Trägerschaft sind) mit einer gynäkologischen Fachabteilung überhaupt Schwangerschaftsabbrüche vor, und weniger als 40% der öffentlichen Krankenhäuser mit Gynäkologie gibt an, Schwangerschaftsabbrüche nach der

<p>Beratungsregelung durchzuführen (die anderen gaben an, Abbrüche nur bei aus medizinischer oder kriminologischer Indikation durchzuführen). Als Begründungen wurden „Babyfreundlichkeit“ und eine Verpflichtung dem christlichen Menschenbild gegenüber angegeben.</p> <p>Teilweise beantworteten die Kliniken die Fragen der Untersuchung gar nicht, oder verweigerten die Ausführungen zu den angewandten Methoden zum Abbruch, und zwar teilweise mit den Begründungen, dass sie entweder Nachteile in der Konkurrenz mit Kliniken in kirchlicher Trägerschaft oder durch Kampagnen militanter Abtreibungsgegner befürchteten.</p> <p>Besonders schlecht ist die Versorgung in Bayern, wo spezielle Genehmigungen für die Durchführung von Abbrüchen erforderlich sind.</p> <p>Als Sozialdemokrat*innen ist es unsere Pflicht, auf die Durchsetzung der Gesetzgebung zu drängen, die die sexuelle und körperliche Selbstbestimmung sicherstellt.</p>	
<p>BEZIRK</p>	
<p>Antrag II/2022/3: BUGA 2025 nach Marzahn-Hellersdorf Antragssteller:innen: 10/04, Alt-Marzahn und 10/06, Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord Votum der Antragskommission: Annahme in Fassung der Antragskommission / Konsens</p>	
<p>Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:</p> <p>Die SPD-BVV-Fraktion und die SPD-Mandatsträger werden aufgefordert, untenstehenden Antrag oder einen sinngleichen Antrag in die BVV einzubringen und ihren Beitrag zu leisten, die Bundesgartenschau 2025 nach Marzahn-Hellersdorf zu holen. Auch alle SPD-Mandatsträger im Bezirk werden entsprechend aufgefordert. Es liegt eine besondere Dringlichkeit in der Gefahr, dass eine andere Stadt, ein Berliner Stadtbezirk oder ein hiesiger politischer Konkurrent das Thema für sich</p>	<p>Fassung der Antragskommission:</p> <p>Die Kreisdelegiertenversammlung Marzahn-Hellersdorf möge beschließen: Der Landesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die SPD-BVV-Fraktion und die SPD-Mandatsträger werden aufgefordert, untenstehenden Antrag oder einen sinngleichen Antrag in die BVV einzubringen und ihren Beitrag zu leisten, die Bundesgartenschau 2025 nach Marzahn-Hellersdorf zu holen. Auch alle SPD-Mandatsträger im Bezirk werden entsprechend aufgefordert. Es liegt eine besondere Dringlichkeit in der Gefahr, dass eine andere Stadt, ein Berliner Stadtbezirk oder ein hiesiger</p>

entdeckt. Dieser Gefahr gilt es durch zügige Arbeit zu begegnen.

Antrag:

Bundesgartenschau 2025 nach Marzahn-Hellersdorf

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert die Bundesgartenschau 2025 nach Marzahn-Hellersdorf zu holen. Die Bundesgartenschau 2025 soll in Marzahn-Hellersdorf an dem Hauptstandort Gärten der Welt und den Nebenstandorten Biesdorfer Schlosspark und Gutshaus Mahlsdorf, sowie dem Außenstandort Alt-Marzahn stattfinden.

Der Antrag ist dringlich, auch wenn Marzahn-Hellersdorf schon mit den Gärten der Welt einen fertigen Hauptstandort hat. Deshalb soll das Bezirksamt versuchen die Unterstützung aller willigen Landtagsabgeordneten und Bundestagsabgeordneten aus dem Bezirk zu suchen und zu koordinieren.

Begründung:

Rostock hat die BUGA 2025 aufgegeben. Marzahn-Hellersdorf hat mit den Gärten der Welt schon einen fertigen Hauptstandort mit besonderen Attraktionen wie einer Seilbahn. Die BUGA wäre ein gewaltiger Tourismusschub für unseren Bezirk.

Die touristische Entwicklung der Nebenstandorte Biesdorfer Schlosspark und Gutshaus Mahlsdorf könnte nachhaltig und dauerhaft gefördert werden. Schon jetzt gibt es Bustourismus zum Gutshaus Mahlsdorf, dieser könnte, wie der zu den Gärten der Welt, verstetigt werden. Bei einer konsequenten Ausrichtung des Schlosses Biesdorf auf Kunst der DDR aus der Beeskower Sammlung bietet sich auch hier ein Alleinstellungsmerkmal an.

politischer Konkurrent das Thema für sich entdeckt. Dieser Gefahr gilt es durch zügige Arbeit zu begegnen.

Antrag:

Bundesgartenschau 2025 nach Marzahn-Hellersdorf

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert die Bundesgartenschau 2025 nach Marzahn-Hellersdorf zu holen. Die Bundesgartenschau 2025 soll in Marzahn-Hellersdorf an dem Hauptstandort Gärten der Welt und den Nebenstandorten Biesdorfer Schlosspark und Gutshaus Mahlsdorf, sowie dem Außenstandort Alt-Marzahn stattfinden.

Der Antrag ist dringlich, auch wenn Marzahn-Hellersdorf schon mit den Gärten der Welt einen fertigen Hauptstandort hat. Deshalb soll das Bezirksamt versuchen die Unterstützung aller willigen Landtagsabgeordneten und Bundestagsabgeordneten aus dem Bezirk zu suchen und zu koordinieren.

Begründung:

Rostock hat die BUGA 2025 aufgegeben. Marzahn-Hellersdorf hat mit den Gärten der Welt schon einen fertigen Hauptstandort mit besonderen Attraktionen wie einer Seilbahn. Die BUGA wäre ein gewaltiger Tourismusschub für unseren Bezirk.

Die touristische Entwicklung der Nebenstandorte Biesdorfer Schlosspark und Gutshaus Mahlsdorf könnte nachhaltig und dauerhaft gefördert werden. Schon jetzt gibt es Bustourismus zum Gutshaus Mahlsdorf, dieser könnte, wie der zu den Gärten der Welt, verstetigt werden. Bei einer konsequenten Ausrichtung des Schlosses Biesdorf auf Kunst der DDR aus der Beeskower Sammlung bietet

<p>Am Außenstandort Alt-Marzahn würde sich eine Umweltausstellung über die Dauer der IGA aufbauen, in Fortführung des Umweltfestes. Aus der IGA sollten genügend Erkenntnisse über Vor- und Nachteile des damaligen Verkehrskonzeptes bekannt geworden sein. Die notwendigen finanziellen Mittel sollten sich wegen der schon vorhandenen Gärten der Welt begrenzen lassen. Die großen Kostenfaktoren wie Seilbahn, die Eingangsbereiche und die Tropenhalle sind schon vorhanden. Der U-Bahnhof Gärten der Welt wurde für die zurückliegende IGA schon ertüchtigt.“</p>	<p>sich auch hier ein Alleinstellungsmerkmal an. Am Außenstandort Alt-Marzahn würde sich eine Umweltausstellung über die Dauer der IGA aufbauen, in Fortführung des Umweltfestes. Aus der IGA sollten genügend Erkenntnisse über Vor- und Nachteile des damaligen Verkehrskonzeptes bekannt geworden sein. Die notwendigen finanziellen Mittel sollten sich wegen der schon vorhandenen Gärten der Welt begrenzen lassen. Die großen Kostenfaktoren wie Seilbahn, die Eingangsbereiche und die Tropenhalle sind schon vorhanden. Der U-Bahnhof Gärten der Welt wurde für die zurückliegende IGA schon ertüchtigt.“</p>
--	--

UMWELT

Antrag II/2022/4: Verlängerung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und Atomkraft unbedingt vermeiden!
Antragssteller:innen: 10/06, Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord
Votum der Antragskommission: Diskussion auf der KDV

	Fassung der Antragskommission:
<p>Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen: Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:</p> <p>Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages werden aufgefordert, sich gegen eine Verlängerung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern und Atomkraft angesichts des Kriegs in der Ukraine einzusetzen. Vorzug muss zukünftig die Entwicklung der Versorgung mit erneuerbaren Energien haben.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Nicht nur ist das Festhalten an fossilen und nuklearen Energien unverantwortlich kommenden Generationen gegenüber, sondern macht uns auch erpressbar, wie aktuell gut zu erkennen ist. Zur Finanzierung könnten zum Beispiel 100 Milliarden Euro als Sondervermögen veranschlagt werden.</p>	

<p>Antrag II/2022/5: Wirksamer Umweltschutz durch dezentrale Energieversorgung unter Nutzung von Biogas- und Brennstoffzellen-Technologie Antragssteller:innen: 10/06, Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord Votum der Antragskommission: Annahme in Fassung der Antragskommission / Konsens</p>	
	<p>Fassung der Antragskommission:</p>
<p>Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Marzahn-Hellersdorf möge beschließen: Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die SPD-Mitglieder der Bundes- und Landesregierungen werden aufgefordert, sich einzusetzen für eine umfassende Anwendung der Biogas-Herstellung aus Reststoffen.</p> <p>Biogas-Technologie ist optimal zu fördern und die Anwendung zu fordern. Jegliche verfügbare Biomasse aus Abwässern, Tierhaltung, Pflanzenresten, Küchenabfällen und überlagerten Nahrungsmitteln sind in dezentralen Biogasanlagen in CH₄ (Methan) umzuwandeln, in das Erdgasnetz einzuspeisen, oder als CNG zu speichern.</p> <p><u>Begründung:</u> Erfolgt mündlich</p>	<p>Neuer Titel des Antrages:</p> <p>Wirksamer Umweltschutz durch dezentrale Energieversorgung unter Nutzung von Biogas-Technologie</p>
<p>INTERNATIONALES</p>	
<p>Antrag II/2022/6: NATO-Beitritt von Georgien und Moldawien Antragssteller:innen: 10/04, Alt-Marzahn Votum der Antragskommission: Diskussion auf der KDV</p>	
	<p>Fassung der Antragskommission:</p>
<p>Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen: Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich für einen kurzfristigen Nato-Beitritt von Georgien und Moldawien einzusetzen. Nach dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine werden Georgien und Moldawien die nächsten Ziele Russlands sein. Die Sicherung der beiden Länder und der beiden</p>	

<p>europäischen/westlichen Einflusssphäre ist nur möglich, wenn die Nato die von Russland bedrohten Staaten aufnimmt.</p> <p>Begründung: erfolgt mündlich</p>	
<p>VERKEHR</p>	
<p>Antrag II/2022/7: Für eine gerechte Verteilung und sichere Gestaltung des öffentlichen Raums</p>	
<p>Antragssteller:innen: 10/01, Marzahn-Nord und 10/02, Marzahn-Mitte</p>	
<p>Votum der Antragskommission: Annahme in Fassung der Antragskommission / Konsens</p>	
	<p>Fassung der Antragskommission:</p>
<p>Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:</p> <p>Das Konzept der autogerechten Stadt hat zu massiv ungerechter Verteilung des öffentlichen Raums in unserer Stadt geführt: Während dem motorisierten Individualverkehr gerade einmal 30 Prozent der in Berlin zurückgelegten Wege zugerechnet werden können, sind diesem knapp 60 Prozent der Verkehrsflächen gewidmet. Auf vielen Straßen unserer Stadt wird dem ruhenden Individualverkehr mehr Platz eingeräumt, als dem Fuß- und Radverkehr zusammen. Jahrzehnte der autofixierten Mobilitätspolitik haben sich auch in den Köpfen festgesetzt. In der medial wahrnehmbaren öffentlichen Debatte wird es häufig als völlig selbstverständlich angesehen, das individuelle Bedürfnis nach Parkplätzen im öffentlichen Raum höherrangiger zu bewerten als die Sicherheit von Fußgänger:innen und Radfahrer:innen. Prominentes Beispiel in unserem Bezirk sind dafür die Parkflächen für Lastkraftwagen an großen Hauptstraßen, die teils kilometerlang Spuren in Anspruch nehmen, die anderen Verkehrsteilnehmer:innen nicht zur Verfügung stehen. Doch öffentliche Räume sind nicht dafür da, als Ersatzflächen für LKWs zur Verfügung zu stehen, nur weil die betroffenen Unternehmen keine eigenen Parkflächen vorweisen können.</p>	<p>Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:</p> <p>Das Konzept der autogerechten Stadt hat zu massiv ungerechter Verteilung des öffentlichen Raums in unserer Stadt geführt: Während dem motorisierten Individualverkehr gerade einmal 30 Prozent der in Berlin zurückgelegten Wege zugerechnet werden können, sind diesem knapp 60 Prozent der Verkehrsflächen gewidmet. Auf vielen Straßen unserer Stadt wird dem ruhenden Individualverkehr mehr Platz eingeräumt, als dem Fuß- und Radverkehr zusammen. Jahrzehnte der autofixierten Mobilitätspolitik haben sich auch in den Köpfen festgesetzt. In der medial wahrnehmbaren öffentlichen Debatte wird es häufig als völlig selbstverständlich angesehen, das individuelle Bedürfnis nach Parkplätzen im öffentlichen Raum höherrangiger zu bewerten als die Sicherheit von Fußgänger:innen und Radfahrer:innen. Prominentes Beispiel in unserem Bezirk sind dafür die Parkflächen für Lastkraftwagen an großen Hauptstraßen, die teils kilometerlang Spuren in Anspruch nehmen, die anderen Verkehrsteilnehmer:innen nicht zur Verfügung stehen. Doch öffentliche Räume sind nicht dafür da, als Ersatzflächen für LKWs zur Verfügung zu stehen, nur weil die betroffenen Unternehmen keine eigenen Parkflächen vorweisen können.</p>

Neben der Verteilung ist auch die Gestaltung des öffentlichen Raums bisher in erster Linie daran orientiert, dem motorisierten Individualverkehr ein möglichst schnelles Zurücklegen von Wegen zu ermöglichen. Wege für den Fuß- und Radverkehr sind an vielen Stellen nicht so gestaltet, dass sie ihren Nutzer:innen die erforderliche Sicherheit bieten, sondern so, dass sie den motorisierten Individualverkehr möglichst wenig stören. In Marzahn-Hellersdorf enden Fahrradspuren – sofern überhaupt vorhanden – häufig noch im nirgendwo, sodass Fahrradfahrer:innen plötzlich im regulären Straßenverkehr landen. Sichere Fahrradwege sind besonders für Kinder immer noch eine Seltenheit.

Für uns ist klar: Die Mobilität im Umweltverbund, also ÖPNV, Fuß- und Radverkehr, muss künftig klaren Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr haben. Dies muss sich auch im öffentlichen Raum niederschlagen. Wir wollen die Flächenwende: Der Straßenraum muss primär so gestaltet sein, dass der ÖPNV zügig vorankommt und die Sicherheit von Fuß- und Radverkehr gewährleistet ist. Nur nachrangig ist dem motorisierten Individualverkehr Platz einzuräumen.

Der öffentliche Raum ist jedoch nicht nur Verkehrsraum. In Zeiten der wachsenden und sich verdichtenden Stadt konkurrieren auch andere Nutzungsarten um den öffentlichen Raum. Die Straße ist Treffpunkt, Kommunikations- und Spielort. Für uns steht fest, dass Nutzungen, die dem Gemeinwohl in der Nachbarschaft dienen, Vorrang haben, sowohl gegenüber dem Interesse Einzelner an einem kostengünstigen Parkplatz, als auch gegenüber kommerziellen Interessen.

Neben der Verteilung ist auch die Gestaltung des öffentlichen Raums bisher in erster Linie daran orientiert, dem motorisierten Individualverkehr ein möglichst schnelles Zurücklegen von Wegen zu ermöglichen. Wege für den Fuß- und Radverkehr sind an vielen Stellen nicht so gestaltet, dass sie ihren Nutzer:innen die erforderliche Sicherheit bieten, sondern so, dass sie den motorisierten Individualverkehr möglichst wenig stören. In Marzahn-Hellersdorf enden Fahrradspuren – sofern überhaupt vorhanden – häufig noch im nirgendwo, sodass Fahrradfahrer:innen plötzlich im regulären Straßenverkehr landen. Sichere Fahrradwege sind besonders für Kinder immer noch eine Seltenheit.

Für uns ist klar: Die Mobilität im Umweltverbund, also ÖPNV, Fuß- und Radverkehr, muss künftig klaren Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr haben. Dies muss sich auch im öffentlichen Raum niederschlagen. Wir wollen die Flächenwende: Der Straßenraum muss primär so gestaltet sein, dass der ÖPNV zügig vorankommt und die Sicherheit von Fuß- und Radverkehr gewährleistet ist. Nur nachrangig ist dem motorisierten Individualverkehr Platz einzuräumen.

Der öffentliche Raum ist jedoch nicht nur Verkehrsraum. In Zeiten der wachsenden und sich verdichtenden Stadt konkurrieren auch andere Nutzungsarten um den öffentlichen Raum. Die Straße ist Treffpunkt, Kommunikations- und Spielort. Für uns steht fest, dass Nutzungen, die dem Gemeinwohl in der Nachbarschaft dienen, Vorrang haben, sowohl gegenüber dem Interesse Einzelner an einem kostengünstigen Parkplatz, als auch gegenüber kommerziellen Interessen.

Wir fordern daher:

- Eine bezirksweite Überprüfung von LKW-Parkspuren und womöglich die Findung von gesicherten Alternativstandorten, die weniger eingreifend in den öffentlichen Verkehrsraum sind.
- Sicherstellung, dass Parkflächen in Wohngebieten ausschließlich für PKW und andere explizit ausgewiesene Verkehrsmittel zur Verfügung stehen.
- Mindestens die im Berliner Mobilitätsgesetz vorgesehen Radverkehrsanlagen auf oder an allen Hauptverkehrsstraßen mit erschütterungsarmem, gut befahrbarem Belag in sicherem Abstand und vorzugsweise baulich getrennt zu Kraftfahrzeugen und ausreichender Breite sollen möglichst zeitnah realisiert werden.
- Dem Umweltverbund sind an Ampeln Vorrang einzuräumen. Außerdem sollen Ampelschaltungen an den Bedürfnissen von Zufußgehenden ausgerichtet werden.
- Eine für den Fußverkehr verbesserte Orientierung mittels flächendeckender optischer und akustischer Leitsysteme.
- Für den Wirtschaftsverkehr sollen konsequent gesonderte Ladezonen eingerichtet werden. Zur Reduktion von Lieferverkehren sollen Konzepte zur Bündelung von Warenströmen (Terminals/City-Logistik/Mini-Hubs) gestärkt und Anreize für Umstiege auf klimaverträgliche Verteilsysteme (z.B. Lastenrad) gesetzt werden. Regionaler Netzwerke und Cluster mit kürzeren Lieferketten sollen gefördert werden.

Wir fordern daher:

- ~~Eine bezirksweite Überprüfung von LKW-Parkspuren und womöglich die Findung von gesicherten Alternativstandorten, die weniger eingreifend in den öffentlichen Verkehrsraum sind.~~
- ~~Sicherstellung, dass Parkflächen in Wohngebieten ausschließlich für PKW und andere explizit ausgewiesene Verkehrsmittel zur Verfügung stehen.~~
- **Der Bezirk soll eine bezirksweite Parkraumbewirtschaftung prüfen, die das Fortbestehen von „LKW-Parkspuren“ künftig verhindern soll.**
- Mindestens die im Berliner Mobilitätsgesetz vorgesehen Radverkehrsanlagen auf oder an allen Hauptverkehrsstraßen mit erschütterungsarmem, gut befahrbarem Belag in sicherem Abstand und vorzugsweise baulich getrennt zu Kraftfahrzeugen und ausreichender Breite sollen möglichst zeitnah realisiert werden.
- Dem Umweltverbund sind an Ampeln Vorrang einzuräumen. Außerdem sollen Ampelschaltungen an den Bedürfnissen von Zufußgehenden ausgerichtet werden.
- Eine für den Fußverkehr verbesserte Orientierung mittels flächendeckender optischer und akustischer Leitsysteme.
- Für den Wirtschaftsverkehr sollen konsequent gesonderte Ladezonen eingerichtet werden. Zur Reduktion von Lieferverkehren sollen Konzepte zur Bündelung von Warenströmen (Terminals/City-Logistik/Mini-Hubs) gestärkt und Anreize für Umstiege auf klimaverträgliche Verteilsysteme (z.B. Lastenrad) gesetzt werden. Regionaler Netzwerke und Cluster mit kürzeren Lieferketten sollen gefördert werden.

<p>Antrag II/2022/8: Parkraumbewirtschaftung im Bezirk Anwohner- und Pendlerfreundlich gestalten Antragssteller:innen: 10/04, Alt-Marzahn Votum der Antragskommission: Diskussion auf der KDV in Fassung der Antragskommission</p>	
	<p>Fassung der Antragskommission:</p>
<p>Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:</p> <p>Die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung wird beauftragt sich bei einer möglichen Ausgestaltung einer Parkraumbewirtschaftung im Bezirk an folgenden Eckpunkten zu orientieren:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Parkplätze in kleinen und Nebenstraßen bleiben für Anwohner kostenlos. Eine Möglichkeit hier bieten Parkausweise. • Stellplätze an S-Bahnhöfen und Haltestellen können bewirtschaftet werden, bleiben aber für Pendler bezahlbar. • Das Parken auf Hauptstraßen (wie z.B. Märkische Allee, Blumenberger Damm) wird eingeschränkt. Ein Dialog mit lokalen Unternehmen wird angeboten. • Der Ausbau der Ladeinfrastruktur ist wichtig. Stellplätze an Ladesäulen sollten ladenden Fahrzeugen vorbehalten sein. • Die Einrichtung von Kurzhalteplätzen für Lieferverkehr, Krankentransporte und Schulbusse an geeigneten Stellen wird geprüft. 	<p>Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:</p> <p>Die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung wird beauftragt sich bei einer möglichen Ausgestaltung einer Parkraumbewirtschaftung im Bezirk an folgenden Eckpunkten zu orientieren:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Parkplätze in kleinen und Nebenstraßen bleiben für Anwohner kostenlos. Eine Möglichkeit hier bieten Parkausweise. • Stellplätze an S-Bahnhöfen und Haltestellen können bewirtschaftet werden, bleiben aber für Pendler bezahlbar. • Das Parken auf Hauptstraßen (wie z.B. Märkische Allee, Blumenberger Damm) wird eingeschränkt. Ein Dialog mit lokalen Unternehmen wird angeboten. • Der Ausbau der Ladeinfrastruktur ist wichtig. Stellplätze an Ladesäulen sollten ladenden Fahrzeugen vorbehalten sein. • Die Einrichtung von Kurzhalteplätzen für Lieferverkehr, Krankentransporte und Schulbusse an geeigneten Stellen wird geprüft.
<p>Antrag II/2022/9: Ausbau der Ostbahn für den Güterverkehr – Belange der Marzahn-Hellersdorfer/innen berücksichtigen Antragssteller:innen: 10/06, Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord Votum der Antragskommission: Annahme in Fassung der Antragskommission / Konsens</p>	
	<p>Fassung der Antragskommission:</p>
<p>Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen: Der Landesparteitag möge beschließen:</p>	<p>Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen: Der Landesparteitag möge beschließen:</p>

Das Bezirksamt von Marzahn-Hellersdorf, der Senat von Berlin und die Berliner Aufsichtsratsmitglieder bei der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH werden aufgefordert, bei der Deutschen Bahn, der NEB und dem Bund darauf hinzuwirken, dass in ihren eigenen Planungen sichergestellt wird, dass

- a) durch ein Planungsbüro die Auswirkungen des anwachsenden Verkehrs identifiziert und geeignete Schutzmaßnahmen aufgezeigt und umgesetzt werden,
- b) beim Ausbau des Personenverkehrs auf der Ostbahn die Bewohnerinnen und Bewohner von Marzahn-Hellersdorf in Bezug auf das Verkehrsangebot im hohen Maße berücksichtigt werden,
- c) wirksame Maßnahmen (Lärmschutzwände, Elektrifizierung etc.) ergriffen werden, die die Anwohnerinnen und Anwohner vor den (gegenwärtigen und zukünftigen) zusätzlichen (CO₂-, Feinstaub-, Lärm-) Emissionen – gerade mit Blick auf den zusätzlichen und im Vergleich zu den Personenzügen schwereren Güterverkehr sowie Erschütterungen – unmittelbar an der Strecke schützen,
- d) die Bahnübergänge im Sinne der Verkehrssicherheit mit Blick auf die höhere Streckenbelastung überprüft und – zum Beispiel am Bahnhof Kaulsdorf – ausgebaut werden.

Begründung:

Deutschland hat sich verpflichtet, bis 2045 klimaneutral zu sein. Bis 2030 müssen im Personen- und Güterverkehr ehrgeizige Zwischenziele für den Verkehrssektor erreicht werden. Die klimafreundliche Eisenbahn spielt

Das Bezirksamt von Marzahn-Hellersdorf, der Senat von Berlin und die Berliner Aufsichtsratsmitglieder bei der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH werden aufgefordert, bei der Deutschen Bahn, der NEB und dem Bund darauf hinzuwirken, dass in ihren eigenen Planungen sichergestellt wird, dass

- a) durch ein Planungsbüro die Auswirkungen des anwachsenden Verkehrs identifiziert und geeignete Schutzmaßnahmen aufgezeigt und umgesetzt werden,
- b) beim Ausbau des Personenverkehrs auf der Ostbahn die Bewohnerinnen und Bewohner von Marzahn-Hellersdorf in Bezug auf das Verkehrsangebot im hohen Maße berücksichtigt werden,
- c) wirksame Maßnahmen (Lärmschutzwände, Elektrifizierung etc.) ergriffen werden, die die Anwohnerinnen und Anwohner vor den (gegenwärtigen und zukünftigen) zusätzlichen (CO₂-, Feinstaub-, Lärm-) Emissionen – gerade mit Blick auf den zusätzlichen und im Vergleich zu den Personenzügen schwereren Güterverkehr sowie Erschütterungen – unmittelbar an der Strecke schützen,
- d) die Bahnübergänge im Sinne der Verkehrssicherheit mit Blick auf die höhere Streckenbelastung überprüft und ~~– zum Beispiel am Bahnhof Kaulsdorf –~~ ausgebaut werden.

Begründung:

Deutschland hat sich verpflichtet, bis 2045 klimaneutral zu sein. Bis 2030 müssen im Personen- und Güterverkehr ehrgeizige Zwischenziele für den Verkehrssektor erreicht werden. Die klimafreundliche Eisenbahn spielt

<p>dabei im Personen- und im Güterverkehr eine Schlüsselrolle. Nach Jahren einer diesbezüglichen verkehrspolitischen Zurückhaltung haben die Länderregierungen den Bedarf der Modernisierung und des Ausbaus der der Ostbahn (Berlin –Kostrzyn/Polen) erkannt und treiben diese nun intensiver voran. Während in den vergangenen Jahren vorrangig auf die Strecke des RE1 (Berlin – Frankfurt/Oder) gesetzt und bei der Ostbahn nur geringfügige Verbesserungen vorgenommen wurden, kommt der Personenverkehr auf der RE1-Strecke („Schlesische Bahn“) infolge von Taktverdichtungen einerseits und der Güterverkehr infolge erfolgreicher Industrieansiedlungen (E-Automobilwerk und weitere) an die Kapazitätsgrenzen. Diese Erfolgsgeschichte führt zu der Suche nach Alternativen. Eine gut ausgebaute Strecke Berlin-Küstrin könnte hier sowohl für den Güter- als auch für den Personenverkehr Entlastung bieten. Die Länder und der VBB wollen die Regionalbahnlinie 26 von Berlin über Müncheberg (Mark) bis nach Polen durchgehend zweigleisig ausbauen und vollständig elektrifizieren. Die Züge sollen auf der Verbindung dann bis zu 160 Kilometer pro Stunde erreichen können. Die Ostbahn auszubauen ist richtig, dabei müssen die Belange der Bevölkerung von Marzahn-Hellersdorf in den Blick genommen werden.</p>	<p>dabei im Personen- und im Güterverkehr eine Schlüsselrolle. Nach Jahren einer diesbezüglichen verkehrspolitischen Zurückhaltung haben die Länderregierungen den Bedarf der Modernisierung und des Ausbaus der der Ostbahn (Berlin –Kostrzyn/Polen) erkannt und treiben diese nun intensiver voran. Während in den vergangenen Jahren vorrangig auf die Strecke des RE1 (Berlin – Frankfurt/Oder) gesetzt und bei der Ostbahn nur geringfügige Verbesserungen vorgenommen wurden, kommt der Personenverkehr auf der RE1-Strecke („Schlesische Bahn“) infolge von Taktverdichtungen einerseits und der Güterverkehr infolge erfolgreicher Industrieansiedlungen (E-Automobilwerk und weitere) an die Kapazitätsgrenzen. Diese Erfolgsgeschichte führt zu der Suche nach Alternativen. Eine gut ausgebaute Strecke Berlin-Küstrin könnte hier sowohl für den Güter- als auch für den Personenverkehr Entlastung bieten. Die Länder und der VBB wollen die Regionalbahnlinie 26 von Berlin über Müncheberg (Mark) bis nach Polen durchgehend zweigleisig ausbauen und vollständig elektrifizieren. Die Züge sollen auf der Verbindung dann bis zu 160 Kilometer pro Stunde erreichen können. Die Ostbahn auszubauen ist richtig, dabei müssen die Belange der Bevölkerung von Marzahn-Hellersdorf in den Blick genommen werden.</p>
<p>STEUERN UND FINANZEN</p>	
<p>Antrag II/2022/10: Körperschaftsteuer wieder auf 25 % anheben</p>	
<p>Antragssteller:innen: 10/06, Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord</p>	
<p>Votum der Antragskommission: Diskussion auf der KDV in Fassung der Antragskommission</p>	
	<p>Fassung der Antragskommission:</p>
<p>Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen: Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:</p>	<p>Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen: Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:</p>

<p>Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, zu prüfen, in wieweit die Körperschaftssteuer angehoben werden kann.</p> <p>Begründung: Erfolgt mündlich</p>	<p>Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, zu prüfen, in wieweit die Körperschaftssteuer ob die Körperschaftssteuer wieder auf 25 % angehoben werden kann.</p> <p>Begründung: Erfolgt mündlich</p>
<p>Antrag II/2022/11: Einkommensteuerfreibetrag auf € 17.500,00 erhöhen Antragssteller:innen: 10/06, Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord Votum der Antragskommission: Annahme in Fassung der Antragskommission / Konsens</p>	
<p>Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen: Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Einkommensteuertarif überarbeitet werden soll mit dem Ziel, dass das Einkommen, welches mit dem gesetzlichen Mindestlohn erzielt wird, steuerfrei bleibt.</p> <p>Begründung: erfolgt mündlich</p>	<p>Fassung der Antragskommission:</p> <p>Neuer Titel des Antrages:</p> <p>Einkommensteuerfreibetrag auf Höhe des Mindestlohns erhöhen</p>
<p>Antrag II/2022/12: Einlagensicherungsgesetz für Genossenschafts-Einlagen Antragssteller:innen: 10/06, Kaulsdorf- und Mahlsdorf-Nord Votum der Antragskommission: Annahme in Fassung der Antragskommission / Konsens</p>	
<p>Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen: Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, durch Verhandlungen mit ihren Koalitionspartnern darauf hinzuwirken, dass Beteiligungen an Genossenschaften bis zur Höhe von € 100.000,00 in das Einlagensicherungsgesetz über Volksbanken-Depot einbezogen werden.</p>	<p>Fassung der Antragskommission:</p> <p>Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen: Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:</p> <p>Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, durch Verhandlungen mit ihren Koalitionspartnern darauf hinzuwirken, dass Beteiligungen an Genossenschaften bis zur Höhe von € 100.000,00 in das Einlagensicherungsgesetz über Volksbanken-Depot einbezogen werden.</p>

<p>Begründung:</p> <p>Genossenschaften müssen Vorrang haben, um bezahlbares Wohnen und Leben ohne Zukunftsangst zu ermöglichen. Genossenschaften haben bewiesen, dass sie effektiver bauen, wirtschaften und vermieten als andere Anbieter. Deshalb sollten Genossenschaften möglichst als gemeinnützige eG die Möglichkeit erhalten, Beteiligungen als Einlagen bis € 100.000,00 pro Person einzurichten. Die Genossenschaften sollten die Einlagen mit minimal 4% verzinsen. Die Einlagen sollten als Beteiligungs-Depot bei Genossenschaftsbanken geführt und in den Einlagen-Sicherungsfonds einbezogen sein. Die Anteile wären dann auch in Stückelung von z.B. € 100,00 ansparbar und würden eine bessere Altersversorgung ermöglichen. € 500,00 € pro Monat sollten für Erwerber von Genossenschaftsanteilen (e.G.) ebenso wie Zinsen aus Genossenschaftsbeteiligungen bis € 15.000,00 pro Jahr zusätzlich steuerfrei sein.</p>	<p>Begründung:</p> <p>Genossenschaften müssen Vorrang haben, um bezahlbares Wohnen und Leben ohne Zukunftsangst zu ermöglichen. Genossenschaften haben bewiesen, dass sie effektiver bauen, wirtschaften und vermieten als andere Anbieter. Deshalb sollten Genossenschaften möglichst als gemeinnützige eG die Möglichkeit erhalten, Beteiligungen als Einlagen bis € 100.000,00 pro Person einzurichten. Die Genossenschaften sollten die Einlagen mit minimal 4% verzinsen. Die Einlagen sollten als Beteiligungs-Depot bei Genossenschaftsbanken geführt und in den Einlagen-Sicherungsfonds einbezogen sein. Die Anteile wären dann auch in Stückelung von z.B. € 100,00 ansparbar und würden eine bessere Altersversorgung ermöglichen. € 500,00 € pro Monat sollten für Erwerber von Genossenschaftsanteilen (e.G.) ebenso wie Zinsen aus Genossenschaftsbeteiligungen bis € 15.000,00 pro Jahr zusätzlich steuerfrei sein.</p>
<p>PARTEIORGANISATION</p>	
<p>Antrag II/2022/13: Kalender mit allen Terminen der SPD Marzahn-Hellersdorf</p>	
<p>Antragssteller:innen: 10/02, Marzahn-Mitte</p>	
<p>Votum der Antragskommission: Annahme in Fassung der Antragskommission / Konsens</p>	
	<p>Fassung der Antragskommission:</p>
<p>Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:</p> <p>Es wird ein Terminkalender eingerichtet der über das Internet geteilt werden kann so dass alle Mitglieder die Termine der SPD Marzahn-Hellersdorf auf ihren internetfähigen Geräten angezeigt bekommen. Vorgeschlagen wird das Produkt Google Calendar zu verwenden. Die Termine können vom Kreisbüro eingestellt werden. Der Kalender kann für alle Termine der SPD genutzt werden sofern diese für die Mitglieder der SPD Marzahn-Hellersdorf relevant sind.</p>	<p>Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:</p> <p>Es wird ein Terminkalender eingerichtet der über das Internet geteilt werden kann so dass alle Mitglieder die Termine der SPD Marzahn-Hellersdorf auf ihren internetfähigen Geräten angezeigt bekommen. Vorgeschlagen wird das Produkt Google Calendar zu verwenden. Die Termine können vom Kreisbüro eingestellt werden. Der Kalender kann für alle Termine der SPD genutzt werden sofern diese für die Mitglieder der SPD Marzahn-Hellersdorf relevant sind.</p>

<p><u>Begründung</u></p> <p>Es ist schwierig unter den ganzen Emails mit Terminen die Übersicht zu behalten. Jede einzelne Einladung muss händisch in den persönlichen Kalender des Benutzers übertragen werden.</p> <p>Warum Google Calendar?</p> <p>Verfügbarkeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - auf allen Android-Geräten vorinstalliert - für iPhones verfügbar <p>Datenschutz:</p> <p>Der Datenschutz steht der Nutzung hier nicht entgegen weil diese Termine ohnehin öffentlich (bspw. auf der Webseite oder per Rundmail) bekannt gemacht werden. Es werden keine persönlichen Daten geteilt.</p>	<p><u>Begründung</u></p> <p>Es ist schwierig unter den ganzen Emails mit Terminen die Übersicht zu behalten. Jede einzelne Einladung muss händisch in den persönlichen Kalender des Benutzers übertragen werden.</p> <p>Warum Google Calendar?</p> <p>Verfügbarkeit:</p> <ul style="list-style-type: none"> - auf allen Android-Geräten vorinstalliert - für iPhones verfügbar <p>Datenschutz:</p> <p>Der Datenschutz steht der Nutzung hier nicht entgegen weil diese Termine ohnehin öffentlich (bspw. auf der Webseite oder per Rundmail) bekannt gemacht werden. Es werden keine persönlichen Daten geteilt.</p>
<p>Antrag II/2022/14: Gruppenchat für alle Mitglieder der SPD Marzahn-Hellersdorf Antragssteller:innen: 10/02, Marzahn-Mitte Votum der Antragskommission: Ablehnung (im Einvernehmen mit dem Antragssteller)</p>	
<p>Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:</p> <p>Es wird ein Gruppenchat für alle Mitglieder der SPD Marzahn-Hellersdorf eingerichtet. Vorgeschlagen wird das Programm Signal-Messenger. Gruppenchats der einzelnen Abteilungen wie bspw. der Abteilung 10/2 bleiben hiervon unberührt.</p> <p><u>Einführung</u></p> <p>Die Abteilung 10/2 und die KDV nutzen bereits Gruppenchats. Diese Gruppen sind klein. Bisher haben wir keine Erfahrungen mit großen Gruppen. Brauchen wir z.B. einen Moderator? Deshalb soll der Gruppenchat schrittweise ausgerollt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abt. 10/1 und 10/2 machen den Anfang, sie sind die ersten Nutzer des Gruppenchats - danach wird in einem festzulegenden zeitlichen Abstand, vorgeschlagen werden 2 	<p>Fassung der Antragskommission:</p>

Monate, eine Abteilung nach der anderen in den Gruppenchat eingeladen

Begründung

Ein Gruppenchat macht uns beweglicher weil Informationen schnell geteilt werden. Ein großer Vorteil gegenüber der Email ist dass Fragen schnell beantwortet werden können.

Nachteilig sind

- Fehlverhalten einzelner Mitglieder kann schnell eskalieren
- einzelne Mitglieder können den chat mit privaten Diskussionen „zumüllen“
- wenn es leichter ist Informationen zu teilen werden mehr Informationen geteilt
- möglicherweise brauchen wir einen Moderator

Warum Signal-Messenger?

- Alle Teile des Programmes sind freie Software (Fachbegriff: open source), d.h. jeder kann den Quellcode untersuchen
- Entwicklung und Betrieb werden von einer Stiftung, der Signal-Stiftung finanziert; dies gewährleistet eine größere Transparenz im Vergleich zu anderen kostenlosen Programmen
- Wird bereits von der KDV benutzt

Weitere Informationen:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Signal_\(Messenger\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Signal_(Messenger))

Warum nicht ...?

- Telegram: Die Entwickler versuchen sich vor der Öffentlichkeit und den Behörden zu verbergen: Mangel an Transparenz
- Threema: Wichtige Teile des Programmes, der sog. Server, sind keine freie Software
- WhatsApp: Keine freie Software, Interessenkonflikt zwischen Gewinninteresse der Firma die WhatsApp entwickelt und betreibt und kostenloser Nutzung.